

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

Ergänzungsleistungen für Familien definitiv einführen

Solothurn, 30. Mai 2016 – Einkommensschwache Familien sollen ab 2018 definitiv Ergänzungsleistungen erhalten. Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) steht einstimmig hinter der entsprechenden Vorlage des Regierungsrates.

Im Kanton Solothurn erhalten einkommensschwache Familien seit dem 1. Januar 2010 Ergänzungsleistungen (FamEL). Das Volk hatte den FamEL im Jahr zuvor an der Urne zugestimmt. Diese Ergänzungsleistungen waren vorerst auf 4 Jahre beschränkt. Bei der Auswertung der Daten zeigte sich eine positive Gesamtbilanz. Der Kantonsrat beschloss deshalb, die FamEL für weitere 3 Jahre zu verlängern, damit das Modell hinsichtlich Effizienz noch verbessert werden konnte.

Heute ist klar: das Hauptziel der FamEL, die Bekämpfung der Armut in Familien, insbesondere in Working-Poor-Haushalten, wurde erreicht. Der Regierungsrat schlägt deshalb vor, die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien im Kanton Solothurn ab 2018 definitiv einzuführen. 3 Modelle stehen dabei zur Wahl.

Eine Minderheit der SOGEKO machte sich vorerst für einen moderaten Ausbau der FamEL stark. Dieser sieht vor, dass Familien Ergänzungsleistungen beantragen können, bis das jüngste Kind 8 Jahre alt ist, heute ist diese Grenze bei 6 Jahren. Und: für die externe Kinderbetreuung sollen neu 10'000 Franken statt 6'000 Franken anrechenbar sein.

In der Schlussabstimmung stellte sich die SOKEGO dann jedoch einstimmig hinter die Variante „status quo“, welche das heutige Modell ohne Änderungen übernimmt. Dies entspricht dem Vorschlag des Regierungsrates.

Keine amtliche Qualitätsbescheinigung bei Lebensmittelkontrollen

Hardy Jäggi (SP, Recherswil) fordert in einem Auftrag die Qualitätsbescheinigung bei Lebensmittelkontrollen. Die SOGEKO hält jedoch nichts von dieser Qualitätsbescheinigung. Sie folgt dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung einstimmig. Aus ihrer Sicht ist die Einführung eines staatlichen Qualitätslabels nicht aktuell und somit für Konsumentinnen und Konsumenten wertlos. Hingegen würde dieses Label erheblichen finanziellen Mehraufwand bedeuten.

Regierungsrat soll Wahlgremium für AKSO bleiben

Der Verwaltungsrat der kantonalen Ausgleichskasse (AKSO) soll weiterhin durch den Regierungsrat gewählt werden – und nicht durch den Kantonsrat. Auch hier fiel der Entscheid der SOGEKO einstimmig. Sie lehnt den Vorstoss von Manfred Küng (SVP Kriegstetten) ab, der neu den Kantonrat zum Wahlgremium des Aufsichtsrats der AKSO machen möchte.